

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses der
Stadt Lüdenscheid**

am 28.03.2011

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz des Hauptausschusses:

Bürgermeister Dieter Dzewas

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Ingo Diller

Ratsherr Lothar Hellwig

Vertreter für Ratsfrau
Eveline Haue

Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek

Ratsfrau Ramona Ullrich

Ratsherr Jens Voß

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Norbert Adam

Ratsherr Oliver Fröhling

Ratsherr Rüdiger König

Ratsfrau Susanne Mewes

Zweite Stellvertretende Bürgermeisterin Ursula Meyer

von der FDP-Fraktion:

Ratsherr Jens Holzrichter

Ratsherr Oliver Petrosch

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Erster Stellvertretender Bürgermeister Otto Bodenheimer

Ratsfrau Tanja Tschöke

von der Fraktion Lüdenscheider Liste:

Ratsfrau Angelika Linnepe

von der Fraktion DIE LINKE

Ratsherr Dietmar Skowasch-Wiers

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Ratsherr Stephan Haase

Ratsherr Peter Oettinghaus

bis 18:05 Uhr

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Dr. Wolfgang Schröder

Stadtkämmerer Karl Heinz Blasweiler

Beigeordneter Wolff-Dieter Theissen

Herr Michael Walker

Schriftführung:

Frau Kerstin Marré

Abwesend:

von der SPD-Fraktion:

Ratsfrau Eveline Haue

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:20 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

2. Verwaltungsstrukturreform

2.1. Antrag der Ratsfraktionen SPD, FDP und Bündnis 90 / Die Grünen

Ratsherr Holzrichter trägt Einzelheiten zu dem Antrag der Ratsfraktionen SPD, FDP und Bündnis 90 / Die Grünen vor.

Auf die Frage von Ratsherrn Fröhling erwidert Bürgermeister Dzewas, dass er das „5-Säulen-Modell“ des Antrages der Ampel-Kooperation für eine praktikable Lösung halte.

Nach ausführlicher kontroverser Diskussion lässt Bürgermeister Dzewas über den Antrag der Ratsfraktionen SPD, FDP und Bündnis 90 / Die Grünen abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	6
Enthaltungen:	1

2.2. Antrag der CDU-Ratsfraktion

Ratsherr Fröhling geht kurz auf Einzelheiten des Antrages der CDU-Ratsfraktion ein.

Bürgermeister Dzewas weist u. a. darauf hin, dass es sich bei der Verwaltungsstrukturreform um eine Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung handeln würde, über die der Rat zu entscheiden hätte.

Eine Zusammenarbeit mit der Bezirksregierung in der bei der stattgefundenen Veranstaltung in Arnsberg dargestellten Form begrüße er ausdrücklich.

Nach ausführlicher Diskussion, in der bei den Ratsfraktionen SPD, FDP, Bündnis 90 / Die Grünen und DIE LINKE Einigkeit darüber besteht, dass die Entscheidung über eine Verwaltungsstrukturreform durch den Rat zu treffen sei und eine vorherige Prüfung nicht als Aufgabe für den „Sparberater“ der Bezirksregierung Arnsberg angesehen werde, lässt Bürgermeister Dzewas über den Antrag der CDU-Ratsfraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 11

3. Verselbständigung der Zentralen Gebäudewirtschaft Vorlage: 036/2011

Ratsherr Holzrichter stellt für die FDP-Fraktion folgenden Ergänzungsantrag:

Der Beschlussvorschlag wird um einen neuen Punkt 3 wie folgt ergänzt:

Die Verwaltung wird beauftragt, in der Sitzung des Hauptausschusses am 06.06.2011

zu erläutern, bis wann die aufgeführten Voraussetzungen für diese Maßnahme geschaffen werden sollen.

Der bisherige Punkt 3 wird zu Punkt 4.

Ratsherr Fröhling teilt mit, dass sich die CDU-Fraktion bei der Abstimmung enthalten werde. Ggf. werde die CDU-Fraktion noch einen Änderungsantrag zu diesem Punkt in der Sitzung des Rates am 11.04.2011 einbringen.

Bürgermeister Dzewas lässt über den vorstehenden Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12
Enthaltungen: 5

Anschließend lässt Bürgermeister Dzewas über den ergänzten Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt folgenden

Beschluss:

1. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die dargestellten Maßnahmen zur Optimierung der Gebäudebewirtschaftung innerhalb der derzeitigen Organisationsform umzusetzen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, in der Sitzung des Hauptausschusses am 06.06.2011 zu erläutern, bis wann die aufgeführten Voraussetzungen für diese Maßnahme geschaffen werden sollen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt über das Ergebnis der Umsetzung zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12
Enthaltungen: 5

4. Benennung des Platzes zwischen Schillerstraße und Jockuschstraße Vorlage: 053/2011

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Platz zwischen Schillerstraße und Jockuschstraße wird in „Rosengarten“ benannt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17

5. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

5.1. Bekanntgaben

5.1.1. Denkfabrik

Bürgermeister Dzewas teilt mit, dass die nachstehende Bekanntgabe vor der Sitzung als Tischvorlage verteilt worden sei.

Angesichts aktueller Entwicklungen

- *Verringerte Besucherzahlen der Phänomenta in 2010*
- *Probleme bei der Sicherstellung der Finanzierung der Betriebskosten für das Technikzentrum für den Förderzeitraum von 15 Jahren*

muss das Gesamtkonzept –insbesondere die Umsetzungsstrategie- überarbeitet werden. Dabei wird das Technikzentrum deutlich verkleinert (1 Schülerlabor anstelle von 2, kein Showroom) und in die Räume der Phänomenta integriert. Diese Umorientierung geschieht unter hohem Zeitdruck, um sämtliche Unterlagen

- *zur Beantragung des 3. Regionalesterns (20.07.2011 Regionaleausschuss)*
- *zur Stellung des Förderantrags*

rechtzeitig bis zum 25.05.2011 abschließend fertig zu stellen. Sollte dies –wider Erwartungen nicht gelingen, kann die Maßnahme allein aus Zeitgründen nicht mehr –wie bisher angestrebt- mit EU-Fördermitteln der Wirtschaftsförderung umgesetzt werden.

Zeitplan

- *ab Förderzusage: Aufstellung Bebauungsplan (läuft bereits), Architektenwettbewerbe, Ausschreibungen bis Frühjahr 2012*
- *Bauen Mitte 2012 bis Mitte 2014 (knapp bemessener Bauzeitenplan, Risiken durch Witterung und bei Ausschreibungen)*
- *Vorlage sämtlicher Schlussrechnungen bis Ende 2014*
- *Interne Prüfung der Schlussrechnungen bis spätestens 30.06.2015*
- *Alle Schlussrechnungen müssen zwingend von der EU bis zum 31.12.2015 abschließend geprüft sein.*

Da neben der Überarbeitung der Umsetzungsstrategie auch neue Kostenschätzungen und Wirtschaftlichkeitsberechnungen erarbeitet werden müssen, die auch noch intern zu prüfen und anschließend mit dem Wirtschaftsministerium abzustimmen sind, wird eine Fertigstellung bis zum Hauptausschuss am 09.05.2011 nicht möglich sein. Es soll versucht werden, die Unterlagen rechtzeitig für die Fraktionssitzungen am 16.05. zu übersenden, um im Rat am 23.05. den endgültigen Beschluss zu fassen.

5.1.2. Wiederbesetzung der Amtsleitung für das Rechnungsprüfungsamt

Bürgermeister Dzewas gibt bekannt, dass der Hauptausschuss seinerzeit die Funktion des BOFI übernommen habe,

Er erkundigt sich, ob es gewünscht sei, dass die Vorstellungsrunde im Hauptausschuss erfolgen solle. Alternativ könne dies der Rechnungsprüfungsausschuss übernehmen.

Die Mitglieder des Hauptausschusses sprechen sich für die Behandlung im Hauptausschuss aus.

Bürgermeister Dzewas teilt mit, dass in der nächsten Fraktionsvorsitzendenbesprechung eine Erläuterung zu dem Verfahren erfolgen werde.

5.2. Beantwortung von Anfragen

Es liegen keine Beantwortungen von Anfragen vor.

5.3. Anfragen

5.3.1. Umbaumaßnahme Sauerfeld

Zweite Stellvertretende Bürgermeisterin Meyer berichtet, dass am Sauerfeld in Höhe des Brighthouse Parks und des Gebäudes der Sparkasse Schüler/innen und vermehrt auch ältere Menschen die Straße queren würden, obwohl der Tunneldurchgang wieder geöffnet und Fußgängerampeln vorhanden seien. Dies führe immer wieder zu gefährlichen Verkehrssituationen.

Sie fragt an, welche Maßnahmen - auch Ordnungsmaßnahmen - seitens der Verwaltung ergriffen werden könnten, um solche gefährlichen Situationen zu vermeiden.

Der Vorsitzende des Bau- und Verkehrsausschusses, Ratsherr Holzrichter, erläutert, dass dieses Thema schon mehrfach im Bau- und Verkehrsausschuss erörtert worden sei. Es habe hierzu auch im Oktober 2010 einen entsprechenden Ortstermin gegeben. Die Situation habe sich seit diesem Zeitpunkt nicht geändert. Auch die Wiedereröffnung des Tunnels habe zu keiner Verbesserung geführt. Es sei abzuwarten, wenn die Busse wieder verteilt am Sauerfeld und nicht wie zurzeit im oberen Bereich nahe an der Fußgängerampel in Höhe der St. Joseph- und Medarduskirche halten würden. Im Übrigen habe die Stadt Lüdenscheid bereits ein entsprechendes Verbotsschild aufgestellt und es habe mehrere Polizeieinsätze gegeben. Ebenfalls sei eine vorübergehende Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h bergauf und bergab eingerichtet worden. Geprüft worden seien auch die Maßnahmen, die Mittelinsel zu verlängern oder eine entsprechende Absperrung in diesem Bereich vorzunehmen. Eine Verlängerung käme aufgrund der Linksabbiegerspur in die Jockuschstraße nicht in Frage. Eine Absperrung würde eher daher zu führen, dass der Aufstellplatz für die querenden Fußgänger reduziert und die Gefahr hierdurch noch größer würde.

Die Verwaltung habe dargestellt, dass es keine Möglichkeiten der baulichen und formellen Unterbindung gäbe.

Bürgermeister Dzewas führt u. a. aus, dass trotz der Notwendigkeit der Verkehrssicherheit ein Teil der Selbstverantwortung bei den Bürger/innen verbleiben müsse.

Abschließend sagt er eine erneute Prüfung und Beantwortung zu.

gez. Dzewas
Vorsitzender

gez. Marré
Schriftführerin